



Nr. 9/2012

September

### Schleppender Ausbau von Kinderkrippen

- ❑ **Schleppender Ausbau von Kinderkrippen.** Seite 1
- ❑ **Gutachten sieht Konnexität bei inklusiver Schule.** Seite 3
- ❑ **Gedeckelte Kostenbeteiligung bei BOS-Digitalfunk.** Seite 4
- ❑ **Verkürzte Ausbildungszeit für Erzieher gefordert.** Seite 5
- ❑ **Ein Halbjahr mit Höhen und Tiefen in der Kassenstatistik.** Seite 6

Von Bernd Buckenhofer,  
Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags

Sozialministerin Christine Haderthauer meldet sich in regelmäßigen Abständen mit Kritik an den Großstädten zu Wort. Sie wirft insbesondere München und Nürnberg immer wieder vor, Krippenplätze zu langsam auszubauen. Die ständige Wiederholung der immer gleichen Kritik ist unangebracht. Den Vorwürfen fehlt jegliche Grundlage, zumal sich die Ministerin im selben Atemzug mit dem Ausbau der Kinderbetreuung brüstet. Dabei ist die Verdreifachung der Krippenplätze in Bayern innerhalb von nur vier Jahren vor allem auf die Leistungen der Großstädte und zentralen Orte in Bayern zurückzuführen.

Dennoch laufen gerade Ballungsräume Gefahr, dass der Rechtsanspruch der Eltern auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem vollendeten 1. Lebensjahr bis zum 1. August 2013 nicht vollständig und nicht überall erfüllt werden kann. Der Grund dafür ist, dass Bund und Länder – ohne Beteiligung der Kommunen – 2007 ihre Ziele gesetzlich verankert haben, sich aber nicht ausreichend an den Ausbaukosten beteiligen. In den großen Städten kommen weitere Probleme hinzu. Es werden dringend zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher benötigt, der Arbeitsmarkt ist hier aber wie leergefegt.

#### Impressum

#### Herausgeber:

Bayerischer Städtetag, Körperschaft des öffentlichen Rechts,  
Prannerstraße 7, 80333 München

Briefanschrift: Postfach 10 02 54, 80076 München,

Tel. 089/29 00 87- 0, Fax: 089/29 00 87- 70

E-Mail: [post@bay-staedtetag.de](mailto:post@bay-staedtetag.de)

Internet: [www.bay-staedtetag.de](http://www.bay-staedtetag.de)

Verantwortlich: Geschäftsführendes Vorstandsmitglied  
Bernd Buckenhofer

Druck: Offprint, Planegger Straße 121, 81241 München

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier

Wegen hoher Mietkosten und hoher Lebenshaltungskosten sind Fachkräfte kaum bereit, in eine Großstadt zu ziehen. Und es fehlen Grundstücke und Gebäude für weitere Betreuungsplätze. Die Immobilienpreise in den Ballungsräumen erschweren die Planung neuer Standorte.

Bund, Länder und Kommunen müssen sich an einen Tisch setzen, um einen Ausweg zu finden, damit nicht Kommunen mit Klagen und findigen Schadenersatzforderungen überzogen werden.

Bei der Verankerung des Rechtsanspruchs vor fünf Jahren sind die Ausbaukosten viel zu niedrig angesetzt worden und der tatsächliche Ausbaubedarf wurde drastisch unterschätzt. Nun besteht die Gefahr, dass Städte und Gemeinden ab August 2013 von Eltern mit Klagen und Schadenersatzforderungen überzogen werden, obwohl sie alles Mögliche getan haben, um noch mehr Betreuungsplätze einzurichten.

Die als durchschnittliche Zielmarke angenommene Bundesquote von 35 Prozent zur Versorgung von Kindern unter drei Jahren bis zum 1. August 2013 wird erheblich überschritten. In Ballungsräumen liegt der Bedarf inzwischen bei 40 bis 60 Prozent. Die bayerischen Kommunen werden ihren Verpflichtungen zu einer flächendeckenden Krippenbetreuung auch über die vom Bund unterstellte Quote von 35 Prozent hinaus nachkommen – dafür brauchen sie allerdings mehr Zeit. Ein Verschieben des Rechtsanspruchs sollte daher geprüft werden.

Die Kommunen tragen einen Großteil der Kosten. Bei den Investitionskosten für den Bau neuer Krippen haben Bund und Freistaat die

Kommunen bislang gut unterstützt. Das Bundes-Land-Förderprogramm ist aber bis 2013 befristet und muss vom Freistaat baldmöglichst verlängert werden.

Beim Großteil der Betriebskosten haben Bund und Freistaat die Kommunen im Regen stehen lassen. Investitionskosten fallen einmalig an, Betriebskosten schlagen sich jährlich in den kommunalen Haushalten nieder, etwa für Personal, Heizung und Reinigung. Wir brauchen daher eine verlässliche Finanzierung der Betriebskosten: Bei dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe sollten sich Bund, Freistaat und Kommunen die Kosten dritteln. Bisher weigert sich der Freistaat, die Konnexität („wer anschafft, muss auch bezahlen“) für den Krippenausbau anzuerkennen.

Sie können den INFORMATIONSBRIEF auch elektronisch beziehen: [www.bay-staedtetag.de](http://www.bay-staedtetag.de) gehen Sie rechts auf der Startseite auf das blau unterlegte Feld „Elektronischer Abodienst“ und klicken „Informationsbrief und PR-Mitteilungen“ an, um sich anzumelden.

Kultusministerium lehnt kommunale Forderungen ab

## Rechtsgutachten sieht Konnexität bei inklusiver Schule

**Im Kultusministerium besteht wenig Bereitschaft, den kommunalen Forderungen zur Umsetzung der Inklusion im Schulbereich entgegen zu kommen. Die Konnexität wird in Abrede gestellt, obwohl das Gutachten eines renommierten Verfassungsrechtlers zum gegenteiligen Ergebnis kommt.**

Schon Ende letzten Jahres haben die kommunalen Spitzenverbände gegenüber dem Kultusminister den dringenden Handlungsbedarf bei der Umsetzung des Inklusionsgesetzes im Schulbereich aufgezeigt. Die Antwort fiel enttäuschend aus. Anstatt der Notwendigkeit einer finanziellen, personellen und organisatorischen Verbesserung der Situation Rechnung zu tragen, streitet das Kultusministerium die Konnexität und seine finanzielle Verantwortung weiter ab.

Ein vom Deutschen Städtetag und vom Städtetag Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten entzieht dieser Argumentation den Boden. Es kommt zu dem Ergebnis, dass die mit einer Aufgabenübertragung und –erweiterung verbundenen Mehrbelastungen der Kommunen ein Anwendungsfall für die landesrechtlichen Konnexitätsprinzipien sind. Der völkerrechtliche Veranlassungsgrund der UN-Behindertenrechtskonvention kann der Anwendbarkeit des verfassungsrechtlichen Konnexitätsprinzips nicht entgegen gehalten werden.

Das Konnexitätsprinzip wird insbesondere nicht dadurch ausgeschlossen, dass den kommunalen Schulträgern Zustimmungsvorbehalte in der Frage der Umsetzung der schulischen Inklusion eingeräumt werden. Diese Aussage ist mit Blick auf die bayerische Situation

besonders hervorzuheben. Sie zeigt, dass die Konnexität sich nicht einfach durch trickreiche Gesetzeskonstruktionen umgehen lässt.

Ebenso deutlich bringt das Gutachten zum Ausdruck, dass Prognoseunsicherheiten über die Höhe einzelner finanzieller Mehrbelastungsfaktoren das Land nicht dazu berechtigen, sich um die zwingend vorgegebene Kostenfolgenabschätzung zu drücken. Sie indizieren vielmehr eine besonders sorgsame Folgenabschätzung, wenn – wie bei der Inklusion im Schulbereich – das Überschreiten der Bagatellschwelle evident ist. Das Land ist in der Pflicht, die Umsetzung der „inkluisiven Schule“ mit fundierten und nachprüfaren Prognosen über die finanziellen Auswirkungen auf die Kommunen zu verknüpfen und durch einen entsprechenden Ausgleich aufzufangen.

Anzumerken bleibt, dass der Bayerische Landtag die Konnexität bereits mit Beschluss vom 22.07.2003 bei einer Vorgängerregelung zur Unterrichtung von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf anerkannt hat. Es ist bemerkenswert, dass das Kultusministerium davon heute nichts mehr wissen will.

Druckexemplare des Rechtsgutachtens können beim Deutschen Städtetag (Tel. 0221 / 37771-227, E-Mail: [bestellung@staedtetag.de](mailto:bestellung@staedtetag.de)) gegen eine Schutzgebühr von 20 € für Nichtmitglieder und 16 € für DST-Mitglieder, jeweils zzgl. MWSt, bestellt werden.

*Kontakt:* [manfred.riederle@bay-staedtetag.de](mailto:manfred.riederle@bay-staedtetag.de)

Finanzierung des BOS-Digitalfunks weiter offen

## Städtetag fordert gedeckelte kommunale Kostenbeteiligung

**Der Bayerische Städtetag hat einer Beteiligung der Städte und Gemeinden an den zusätzlichen Kosten des BOS-Digitalfunks zwar grundsätzlich zugestimmt. Der Städtetag setzt aber voraus, dass der kommunale Mitfinanzierungsanteil noch verbindlich vereinbart und gedeckelt wird.**

Im November 2009 haben sich der damalige Finanzminister Georg Fahrenschon und Innenminister Joachim Herrmann mit den Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände auf eine Beteiligung der Kommunen an den Betriebskosten des neuen Digitalfunks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) geeinigt. Danach werden die Kommunen ab der flächendeckenden Einführung des Digitalfunks in Bayern einen Festbetrag von jährlich 3 Millionen Euro beitragen. Die Summe soll einwohnerabhängig auf die 96 kreisfreien Städte und Landkreise umgelegt und im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs erhoben werden. In der Vereinbarung haben sich die Kommunen verpflichtet, geeignete kommunale Liegenschaften mietfrei als Antennenstandorte für den Digitalfunk zur Verfügung zu stellen.

Wie sich inzwischen zeigte, hat die Vereinbarung von 2009 aber nicht alle Kosten der neuen Technologie erfasst. Nicht bedacht wurde von den Experten offensichtlich, dass die für die zentrale Alarmierung von Feuerwehren, Rettungsdiensten und Katastrophenschutz in Bayern eingerichteten 26 Integrierten Leitstellen an das digitale Funknetz angeschlossen werden müssen. Innenminister Herrmann und der für die Einführung des BOS-Digitalfunks zuständige Staatssekretär Gerhard Eck wollen die Kommunen auch für die Anbindung der Integrierten Leitstellen „zur Kasse bitten“. Die Projektgruppe Dignet im Staatsministerium des Innern hat errechnet, dass die Kommunen im

Bereich jeder Leitstelle durchschnittlich 72.000 Euro der einmaligen Investitionskosten und jährlich rund 36.000 Euro von den laufenden Betriebskosten zu tragen hätten.

Bei jeder der 26 Leitstellen wird eine technisch-taktische Betriebsstelle eingerichtet. Diese fungiert u.a. als Verbindungsstelle zur Polizei, sperrt Funkteilnehmer oder schaltet Gruppen von Funkteilnehmern zusammen. Für diese Betriebsstellen werden Mehrkosten, vor allem für Personal, anfallen. Die Kommunen sollen sich daran im Bereich jeder Leitstelle im Durchschnitt mit rund 45.700 Euro jährlich beteiligen.

Im Innenministerium wird darauf hingewiesen, dass die Kommunen ihrer Verpflichtung, Antennenstandorte für den Digitalfunk kostenlos zur Verfügung zu stellen, zum Teil nicht nachgekommen seien. Der Staat habe Alternativstandorte teuer anmieten müssen. Dies habe zur Kostensteigerung beigetragen. Die kommunalen Spitzenverbände lassen das Argument teilweise gelten. Sie lehnen eine Mitfinanzierung der zusätzlichen Kosten nicht grundsätzlich ab. Für die Zukunft möchte der Bayerische Städtetag nochmalige überraschende Kostensteigerungen aber möglichst ausschließen. In einem Schreiben an Innenstaatssekretär Gerhard Eck fordert der Vorsitzende des Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, die jetzt vorgeschlagene kommunale Beteiligung an den Kosten der Anbindung der Integrierten Leitstellen verbindlich zu vereinbaren. Außerdem soll die Höhe des kommunalen Anteils für die Zukunft „gedeckelt“ werden. Die Antwort des Innenstaatssekretärs steht noch aus.

*Kontakt: wolfgang.springer@bay-staedtetag.de*

Mangel an Erzieherinnen und Erziehern

## Städtetag fordert verkürzte Ausbildungszeit

**Am 1. August 2013 tritt der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz in Kraft. Im Jahr 2013 werden laut Ländermonitor der Bertelsmann Stiftung und Schätzungen des Bayerischen Sozialministeriums etwa 1.100 Erzieherinnen und Erzieher alleine in Bayern fehlen.**

Die zum 1. September 2012 vom Freistaat in Kraft gesetzte Änderung des Anstellungsschlüssels wird den Mangel an Erziehern zusätzlich um etwa 200 Vollzeitkräfte verschärfen. Der Bayerische Städtetag unternimmt seit mehreren Jahren Anläufe, um die Attraktivität des Erzieherberufs zu verbessern. Zuletzt wurde dem für die Ausbildung von Erziehern zuständigen Kultusministerium vorgeschlagen, in ein duales Ausbildungsmodell einzusteigen, wie es bereits Baden-Württemberg eingeführt hat.

Eine duale, praxisintegrierte Ausbildung bringt zunächst zwar keine verkürzte Ausbildungszeit. Sie bleibt eine Breitbandausbildung, die die pädagogische Arbeit für alle Altersgruppen sammelt. Vorteile sind die Verzahnung der theoretischen mit der praktischen Ausbildung, die Bindung an eine Einrichtung und die Ausbildungsvergütung, die von Anfang an bezahlt wird. In der jetzigen Ausbildung an der Fachakademie absolvieren die Schüler zwei Studienjahre mit integrierten Praktika und im Anschluss an die Abschlussprüfung folgt ein zwölfmonatiges Berufspraktikum in sozialpädagogischen und heilpädagogischen Einrichtungen.

Ein anderes Kapitel in der Erzieherausbildung ist die zweijährige Vorbereitungszeit auf das Erzieherstudium an der Fachakademie. Dies erfolgt bisher in der Regel im sozialpäda-

gogischen Seminar (SPS), das sich in einen theoretischen Teil (acht- bis zehnstündiger Unterricht pro Woche) und einen fachpraktischen Teil gliedert. Das SPS endet mit dem Abschluss als Kinderpfleger. Der Bayerische Städtetag bemüht sich seit über zwei Jahren darum, das sozialpädagogische Seminar um ein Jahr zu verkürzen. Derzeit dauert die Ausbildung zum Erzieher fünf Jahre.

Der Städtetag will keine Verschlechterung der Erzieherausbildung und keine „Erzieherausbildung light“. Eine optimierte dreijährige Ausbildungszeit mit einjähriger Vorbereitungszeit in einer Kita, z. B. auch im Rahmen eines alimentierten freiwilligen sozialen Jahres (FSJ) oder als Bundesfreiwilligendienst (BFD), bringt allen Beteiligten Vorteile, ohne die Qualität der Ausbildung zu verschlechtern.

Ein weiterer Aspekt ist die Ausweitung der Ausbildungskapazitäten an den Fachakademien. Hier wurde in den letzten Jahren bereits einiges erreicht, jedoch müssen immer noch zu viele Bewerber von den Fachakademien abgewiesen werden. Der Städtetag hat daher das Kultusministerium gebeten, zu ermitteln, wie viele geeignete Bewerber von den Fachakademien abgewiesen wurden. Denn möglicherweise kann mit der Einführung der praxisintegrierten Ausbildung gleichzeitig die Absolventenzahl pro Jahr gesteigert werden.

*Kontakt: [julius.forster@bay-staedtetag.de](mailto:julius.forster@bay-staedtetag.de)*

Kommunale Kassenstatistik im ersten Halbjahr 2012

## Ein erstes Halbjahr mit Höhen und Tiefen

**Nach einem positiven Auftakt im ersten Quartal haben die bayerischen Kommunen bei den Steuereinnahmen im zweiten Kalendervierteljahr einen Dämpfer hinnehmen müssen. Insgesamt ergibt sich für das erste Halbjahr 2012 ein positives Bild. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (minus 624 Millionen Euro) ergab sich für das erste Halbjahr 2012 ein positiver Finanzierungssaldo von 8 Millionen Euro.**

Die Gesamteinnahmen verzeichneten mit 13,924 Milliarden Euro einen Zuwachs von rund 2,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die kassenmäßigen Gesamtausgaben der Kommunen waren mit 13,916 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig (minus 2,19 Prozent).

Zu den Einnahmen: Die Steuereinnahmen lagen im ersten Halbjahr mit 5,746 Milliarden Euro etwas über dem Aufkommen des Vorjahreszeitraums (plus rund 2,1 Prozent). Das Nettogewerbsteuererwerb der Kommunen ist um 58,390 Millionen Euro (1,7 Prozent) auf 3,418 Milliarden Euro gestiegen. Nach einem starken Zuwachs im ersten Quartal um rund 226 Millionen Euro (plus 14 Prozent) war das Nettogewerbsteuererwerb im zweiten Kalendervierteljahr gegenüber dem Vorjahr rückläufig (minus 9,6 Prozent). Während die kreisangehörigen Gemeinden einen eher moderaten Rückgang verzeichneten, lag das Minus bei den kreisfreien Städten bei 17,1 Prozent.

Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer gab es mit einem Gesamtaufkommen von 1,392 Milliarden Euro einen spürbaren Zuwachs (plus 4,7 Prozent). Aufgrund der unverändert hohen Kauflust der Konsumenten legte der Beteiligungsbetrag an der Umsatzsteuer zum wiederholten Mal kräftig zu. Das Aufkommen

steigt um 9,207 Millionen Euro (plus 6,4 Prozent) auf rund 153 Millionen Euro.

Ein Blick auf die Ausgabenseite: Das Plus von rund 2,63 Prozent bei den Personalausgaben (3,702 Milliarden Euro) resultiert im Wesentlichen aus dem Tarifabschluss für die Tarifbeschäftigten. Bei den Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen gab es einen marginalen Anstieg um rund 1,5 Prozent auf 2,75 Milliarden Euro. Die Leistungen der Sozialhilfe waren um rund 4,9 Prozent rückläufig und betrugen im ersten Halbjahr 1,842 Milliarden Euro. Trotz dieser Entlastung bereiten den Kommunen die Sozialausgaben weiter große Probleme.

Die Bauinvestitionen bewegten sich mit 1,572 Milliarden Euro deutlich unter dem Niveau des Vorjahres (minus rund 14 Prozent). Der starke Rückgang ist u. a. auf das Auslaufen der Investitionsmaßnahmen im Rahmen des Konjunkturpakets II zurückzuführen, die vor allem im Schulbereich stattgefunden haben. An den Bauinvestitionen im ersten Halbjahr liegen die Investitionsanteile für Schulen und Straßenbau mit jeweils rund 21 Prozent auf gleichem Niveau.

Die Kreditaufnahmen bleiben im Berichtszeitraum mit 555 Millionen Euro (Vorjahr: 754 Millionen Euro) deutlich unter der Schuldentilgung in Höhe von 679 Millionen Euro (Vorjahr 815 Millionen Euro). Der Schuldenstand der Kommunen in Bayern lag zum 31.3.2012 bei 13,6 Milliarden Euro.

*Kontakt: [johann.kronauer@bay-staedtetag.de](mailto:johann.kronauer@bay-staedtetag.de)*

## Bayerischer Stadtmarketingpreis 2012

Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel hat Ende Juli den Bayerischen Stadtmarketingpreis 2012 an bayerische Städte verliehen, die Mittelstand und Handel in den Innenstädten durch herausragendes Marketing gefördert haben. Preisträger in diesem Jahr sind Projekte aus den Städten Bamberg, Amberg, Lohr a. Main und Neunburg vorm Wald. Einen Sonderpreis erhielt die Stadt Herzogenaurach. Nominiert und mit einer Urkunde ausgezeichnet wurden die Städte Altötting, Neu-Ulm, Penzberg, Rothenburg o. d. Tauber, Straubing, Vohburg an d. Donau und Würzburg.

Der Stadtmarketingpreis ist ein wichtiges Instrument der Innovationsförderung. Initiatoren sind neben dem Wirtschaftsministerium die CIMA GmbH, der Handelsverband Bayern, der Aktionskreis City- und Stadtmarketing sowie die Wirtschaftsjuvenen Bayern. Der Bayerische Städtetag ist Kooperationspartner.

In der Kategorie über 70.000 Einwohner siegte das Projekt „Stadtmarketing 2.0 – Die Kommunikationsrevolution“ aus Bamberg. In Amberg (Kategorie zwischen 30.000 bis 70.000 Einwohner) wurde das Projekt „Luftnacht im Luftkunstort Amberg“ ausgezeichnet. In der Kategorie 15.000 bis 30.000 Einwohner war Lohr a. Main mit dem integrierten Marketingkonzept „Lohr macht Laune“ erfolgreich. In der Reihe der Städte unter 15.000 Einwohner setzte sich Neunburg vorm Wald mit dem Projekt „Wanted: Ein Buchhändler!“ durch. Weitere Informationen: [www.stadtmarketingpreis.de](http://www.stadtmarketingpreis.de)

Kontakt: [thomas.kostenbader@bay-staedtetag.de](mailto:thomas.kostenbader@bay-staedtetag.de)

## Sicherheit im Radverkehr

Der Deutsche Städtetag hat eine neue Arbeitshilfe „Thesen zur Radverkehrssicherheit“ herausgegeben. Das Papier wurde von der Fachkommission Verkehrsplanung des Deutschen Städtetags erarbeitet und vom Bau- und Verkehrsausschuss des Verbandes zur Weitergabe an die zuständigen Stellen freigegeben. Die Broschüre ist an die Verwaltung und die Planer adressiert.

Hintergrund sind die zunehmenden Anforderungen an die Verkehrssicherheit im Radverkehr, zumal das Radfahren in Städten als Verkehrsmittel erheblich an Attraktivität gewonnen hat. Eine Ursache für Unfälle ist das Fehlverhalten von Verkehrsteilnehmern. Planungen müssen sich verstärkt an langsameren Radfahrern, wie Kindern oder Senioren, orientieren. Auch die Zunahme von Pedelecs oder E-Bikes schafft neue Herausforderungen.

Das Thesenpapier kann in geringer Stückzahl beim Deutschen Städtetag, Referat für Verkehr und Tiefbau, Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin (Tel. 030-37711-0), angefordert werden. Mitglieder können es auch im Extranet des Deutschen Städtetags abrufen unter [www.extranet.staedtetag.de/stadtentwicklung/08208/index.html](http://www.extranet.staedtetag.de/stadtentwicklung/08208/index.html)

Kontakt: [thomas.kostenbader@bay-staedtetag.de](mailto:thomas.kostenbader@bay-staedtetag.de)

## Tagungen des DWA-Landesverbands Bayern

**Der DWA-Landesverband Bayern veranstaltet in München zu Hochwasserschutz und Gewässerunterhaltung Fachtagungen.**

Am 25. Oktober findet die Fachtagung „Aktuelle Entwicklungen bei Planung und Bau von Hochwasserschutzvorhaben“ statt. Die Tagung richtet sich an staatliche, kommunale sowie private Träger und Planer von Hochwasserschutzvorhaben. Im Vordergrund stehen zeitgemäße integrierte Hochwasserschutzkonzepte, die im Einklang mit den rechtlichen Vorgaben der europäischen Richtlinien (Wasser-Rahmenrichtlinie, Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie) stehen und den Anforderungen der Öffentlichkeit an die Erholungs- und Freizeitnutzung, insbesondere urbaner Gewässer genügen.

Am 20. November veranstaltet der DWA-Landesverband Bayern das Seminar „Neue Wege der Gewässerunterhaltung – das DWA-Merkblatt 610“. Das Seminar richtet sich an Mitarbeiter von Kommunen, Wasser- und Bodenverbänden, Landschaftspflegeverbänden und Unterhaltzweckverbänden sowie Ingenieurbüros. Inhalt des Seminars ist die Vorstellung des DWA-Merkblatts 610, das den aktuellen Stand einer ökologischen, an den Zielen der europäischen Wasserrahmenrichtlinie orientierten Gewässerpflege und Gewässerentwicklung zusammenfasst.

Internet: [www.dwa-bayern.de](http://www.dwa-bayern.de),  
[info@dwa-bayern.de](mailto:info@dwa-bayern.de).

Kontakt: [claudia.ganslmeier@bay-staedtetag.de](mailto:claudia.ganslmeier@bay-staedtetag.de)

## Tagungen des Instituts für Städtebau und Wohnungswesen (ISW)

Der Workshop „Bürgerbeteiligung 2.0 – Grundlagen, Methoden, Umsetzungsbeispiele“ am 4./5. Oktober 2012 in München will Basiswissen zur Online-Bürgerbeteiligung mit Fokus auf die Stadtplanung vermittelt. [www.isw.de/fileadmin/content/pdf/ISW\\_18\\_12\\_Buergerbeteiligung.pdf](http://www.isw.de/fileadmin/content/pdf/ISW_18_12_Buergerbeteiligung.pdf).

Die Fachtagung „Städtebau und Recht in Bayern“ am 8. November 2012 in München befasst sich mit aktuellen Entscheidungen des BayVGH zum Städtebaurecht, der Novelle BauGB/BauNVO sowie Fragen zur Zulässigkeit von Vorhaben im Außenbereich. [www.isw.de/index.php?id=338](http://www.isw.de/index.php?id=338).

Die Fachtagung „Energieeffiziente Stadtquartiere – Bewertungstools und Modellprojekte“ am 20. November 2012 in München befasst sich mit der Beurteilung städtebaulicher Planungen hinsichtlich der Energieeffizienz. Zur quantitativen Einschätzung gibt es Bewertungstools, die in der Tagung vorgestellt werden. [www.isw.de/index.php?id=341](http://www.isw.de/index.php?id=341).

Die Fachtagung „Ländliche Räume im demografischen Wandel – Perspektiven der Nahversorgung“ am 22. November 2012 in München gibt einen Überblick aktueller Handlungsansätze zur Nahversorgung und zeigt Perspektiven für eine zukunftsfähige Nahversorgung. [www.isw.de/index.php?id=339](http://www.isw.de/index.php?id=339).



## Ökoenergie Institut Bayern

Das Ökoenergie Institut Bayern bietet Anstöße für die umweltfreundliche Umsetzung der Energiewende. Als Ansprechpartner informiert es Privatpersonen, Industrie, Gewerbe und Kommunen über energieeffiziente Techniken. In diesem Rahmen bietet das Ökoenergie Institut Bayern Faltblätter und Broschüren, die kostenfrei verschickt werden, sowie Downloads an. Zu aktuellen Publikationen mehr unter [www.lfu.bayern.de/energie/index.htm](http://www.lfu.bayern.de/energie/index.htm). Informationen über Energieeffizienz unter [www.lfu.bayern.de/energieeffizienz](http://www.lfu.bayern.de/energieeffizienz). Daten rund um die Energiewende stellt der Bayerische Energie-Atlas unter [www.energieatlas.bayern.de/](http://www.energieatlas.bayern.de/) zur Verfügung.

## Scorze sucht Partner

Die italienische Stadt Scorze möchte eine Partnerschaft mit einer bayerischen Stadt begründen. Scorze liegt ca. 30 Kilometer nordwestlich von Venedig in der Region Venetien. Die Stadt hat rund 19.000 Einwohner. Die Region ist vor allem bekannt durch ihre zahlreichen „Weinstraßen“ und ihre sonstigen typischen Produkte. Die Umgebung von Scorze ist ein Hauptanbauggebiet für das Modegemüse Radicchio („Die Blume auf dem Tisch“). Die „Strada del Radicchio Rosso di Treviso“ verläuft durch die Stadt. Städte und Gemeinden, die an einer Verbindung mit Scorze interessiert sind, werden gebeten, sich mit der Geschäftsstelle des Bayerischen Städtetags ([wolfgang.springer@bay-staedtetag.de](mailto:wolfgang.springer@bay-staedtetag.de), Tel.: 089/290087-21, Fax: 089/290087-71) in Verbindung zu setzen.

## Persönliche Nachrichten

### Wahlen

Wiedergewählt wurde Erste Bürgermeisterin **Ilse Oswald**, Regen.

### Geburtstage

Im September 2012 feiern

den 75. Geburtstag: Bürgermeister **Michael Weiderer**, Plattling,

den 70. Geburtstag: Bürgermeister **Karl-Heinz Epelein**, Haßfurt, Bürgermeister **Helmut Guckert**, Nördlingen, Stadtrat **Bernd Kränzle**, Augsburg, Mitglied im Personal- und Organisationsausschuss des Bayerischen Städtetags,

den 65. Geburtstag: Erster Bürgermeister **Franz Heinritzi**, Bruckmühl, Bürgermeister **Fritz Holm**, Wiesau, Bürgermeister **Josef Kraus**, Kemnath, Bürgermeister **Johann Neubauer**, Schwabmünchen, Altbürgermeister **Gerhard Trautner**, Gunzenhausen, Erster Bürgermeister **Ottmar Wimmer**, Ampfing, Bürgermeister **Winfried Wobbe**, Starnberg,

den 60. Geburtstag: Erster Bürgermeister **Josef Höppler**, Waldkirchen, Erster Bürgermeister **Heinz Kiechle**, Neutraubling, Bürgermeister **Peter Klein**, Eltmann, Sportamtsleiter **Bernhard Plutz**, Regensburg, Schriftführer im Sportausschuss des Bayerischen Städtetags, Erster Bürgermeister **Franz Schwarz**, Unterföhring.

**Termine**

- 10.10.2012 **Bezirksversammlung Unterfranken** in Gerolzhofen
- 10.10.2012 Arbeitskreis **Planen und Bauen** in München
- 11./12.10.2012 **Sportausschuss** in Baiersdorf
- 11.10.2012 **Wirtschafts- und Verkehrsausschuss** in Weißenstadt
- 11.10.2012 Arbeitskreis **Finanzen** in München
- 12.10.2012 **Finanzausschuss** in München
- 12.10.2012 **Schulausschuss** in München
- 16.10.2012 **Bau- und Planungsausschuss** in München
- 16.10.2012 **Forstausschuss** in München
- 17.10.2012 **Gesundheitsausschuss** in München
- 17.10.2012 **Bezirksversammlung Mittelfranken** in Stein
- 19.10.2012 **Verwaltungs- und Rechtsausschuss** in München
- 24.10.2012 Arbeitskreis **Gutachterausschüsse** in Erlangen
- 26.10.2012 **Sozialausschuss** in München
- 31.10.2012 **Kämmerertagung Oberbayern** in Freilassing
- 06./07.11.2012 **Vorstand** in Brüssel
- 07.11.2012 **Kämmerertagung Mittelfranken** in Heilsbronn
- 08.11.2012 **Pressekonferenz** in München
- 13.11.2012 **Kulturausschuss** in München
- 13.11.2012 **Bezirksversammlung Schwaben** in Illertissen
- 14.11.2012 Arbeitskreis **Informations- und Kommunikationstechnologie** in Königsbrunn

*abgeschlossen am 20. September 2012*